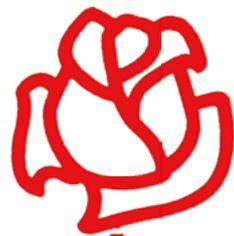


Monatsspiegel



Oktober 2012



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Rente: Gegen Altersarmut hilft nur ein höheres Rentenniveau!

Über die Sommerpause haben die beiden großen Parteien das Thema Rente entdeckt und dabei insbesondere die Frage, wie es gelingen kann, dass möglichst niemand im Alter auf Sozialhilfe angewiesen ist oder unter die Armuts-
grenze fällt.

Ursula von der Leyen hat für die CDU dabei das Konzept der „Zuschussrente“ vorgelegt: Danach soll für Rentnerinnen und Rentner, die 35 Beitragsjahre, Kindererziehungs- oder Pflegezeiten nachweisen können und 35 Jahre (ab 2049) Beiträge zu einer privaten oder betrieblichen Altersvorsorge gezahlt haben, die Rente auf 850 Euro aufgestockt werden.

Dagegen hat Sigmar Gabriel ein umfassenderes Konzept vorgelegt, wie Altersarmut verhindert werden kann. Auch in diesem Modell gibt es mit der „Solidarrente“ eine Komponente, die der „Zuschussrente“ von von der Leyen ähnelt. Das Konzept enthält aber eine

Reihe von weiteren Maßnahmen, die der Armut im Alter vorbeugen sollen. Davon sind viele zu begrüßen: Es ist dringend notwendig, Kindererziehungszeiten besser zu berücksichtigen. Auch die Berücksichtigung von Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II bei der Rentenberechnung ist dringend notwendig – hier muss die Abschaffung der Rentenbeiträge seit 2011 revidiert werden.

Die zentrale Frage beantwortet das Rentenkonzept von Sigmar Gabriel aber falsch: Es ignoriert, dass die beste Möglichkeit, um Armut im Alter zu vermeiden ist, dass das Rentenniveau nicht weiter fällt. Denn dann gibt es erheblich weniger Menschen, die nach dem Renteneintritt unter die Armuts-
grenze fallen. Verbunden mit einer Regulierung des Arbeitsmarktes, die im Konzept von Sigmar Gabriel richtig gefordert wird, und mit einer Ausweitung des Versichertenkreises kann so eine armutsfeste Rente sichergestellt werden.

■ **Von Philipp Dees**

Juso-Landesvorsitzender



Die Riester-Rente ist gescheitert

Das heute Altersarmut ein Thema der politischen Diskussion ist, geht leider auch auf Reformen der SPD zurück: Mit der „Riester-Reform“ von 2001 und nochmals mit der Einführung des „Nachhaltigkeitsfaktors“ 2004 hat die SPD für den massiven Fall des Rentenniveaus gesorgt, das ohne Änderungen von derzeit 50 Prozent bis 2030 auf 43 Prozent fallen wird.

Die Vorstellung der Reformen war, dass die entstehende „Renten-Lücke“ durch private Vorsorge ausgeglichen würde, insbesondere die Riester-Rente. Nach über 10 Jahren ist aber festzustellen: Die Riester-Rente kann dieses Ziel

Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

03.10.		60plus: Besuch in Jena		S. 19
08.10.	20:15	Jusos: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 20
09.10.	20:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Waldschänke	S. 17
09.10.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 17
10.10.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsitzung	Röthelheim-Biergarten	S. 17
11.10.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
16.10.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 16
16.10.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 16
17.10.	20:00	Arbeitskreis Internationales	August-Bebel-Haus	S. 10
17.10.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Güthlein	S. 18
18.10.	20:00	Stimmkreiskonferenz	Turnerbund	S. 3
22.10.	20:15	Jusos: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 20
23.10.	20:00	Distrikt Anger: Distriktsversammlung	Angerwirt	S. 16
23.10.	20:00	Distrikt Frauenaarach: Distriktsversammlung	TSV Frauenaarach	S. 16
24.10.	20:00	Arbeitskreis Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus	S. 10
25.10.	15:00	60plus-Unterbezirk: Veranstaltung Finanzkrise	IG-Metall-Haus	S. 19
11.11.	12:00	Distrikt Tennenlohe: Gansessen	Schlossgaststätte	S. 17

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Geschäftsführerin: Sabine Wehner
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 08:00 bis 12:00 Uhr
 Dienstag 08:00 bis 12:00 Uhr
 Mittwoch 08:00 bis 12:00 Uhr
 Donnerstag 10:00 bis 14:00 Uhr
 Freitag geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzender: Dr. Florian Janik
 Geschäftsführerin: Saskia Coerlin
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-2181
 E-Mail: spd@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 09:00 bis 12:00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 12:00 Uhr
 Mittwoch 09:00 bis 12:00 Uhr
 Donnerstag 09:00 bis 12:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen
 Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung
 Philipp Dees
 Lichtenfelser Weg 6
 91056 Erlangen
 Telefon: 09131-483791
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gutenberg Druck und Medien,
 Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

nicht erfüllen – was übrigens genügend Expertinnen und Experten von Anfang an vermutet hatten.

Vor allem ist die Riester-Rente kein wirksamer Schutz vor Altersarmut. Denn die Personengruppen, die am wahrscheinlichsten von Armut im Alter betroffen sind, weisen sogenannte „unterbrochene Erwerbsbiographien“ und niedrige Einkommen schon in der Erwerbsphase auf: Sie können sich die Beiträge zur Riester-Rente schlicht nicht leisten. Und selbst wenn sie aktuell genug Einkommen haben, um Riester-Beiträge zu bezahlen, wissen sie nicht, ob das auch noch in einem Jahr so sein wird: Denn sie sind oft nur befristet, in Leiharbeit oder in anderen Situationen mit schlechtem Kündigungsschutz beschäftigt. Private Rentenversicherungen lohnen sich aber erst, wenn lange und kontinuierlich eingezahlt wird.

Besonders betroffen sind davon Frauen: Denn Kindererziehung wird immer noch überwiegend von ihnen geleistet. In dieser Zeit entfällt aber das Erwerbseinkommen, und es ist daher sehr unsicher, ob weiter Beiträge zu einer privaten Rentenversicherung gezahlt werden können.

In der Finanzkrise hat sich außerdem gezeigt, dass private Rentenversicherungen mit erheblichen Risiken verbunden sind. Denn bei ihnen wird das Geld am Kapitalmarkt angelegt. Kommt es dort zu massiven Wertverlusten, dann „verschwindet“ auch der Rentenanspruch zu großen Teilen. Genau aus diesem Grund ist die kapitalgedeckte Rente übrigens auch nicht demographiefest: Denn wenn in einigen Jahren viele Rentnerinnen und Rentner Kapital verkaufen (lassen), um ihre Renten zu finanzieren, und weniger Beitragszahlerinnen und Beitragszahler Kapital erwerben, dann tritt erwartungsgemäß ein Wertverlust der Anlagen ein – die bei Versicherungsabschluss angepriesene Rente wird bei weitem nicht erreicht.

Hinzu kommt, dass die privaten Rentenversicherungen, gerade in den Riester-Modellen, niedrige Garantierenditen bei hohen Provisionen und Gebühren aufweisen. Die Riester-Rente ist also vor allem eine Förderung der Versicherungskonzerne – gegen Altersarmut hilft sie nicht.

Auch Betriebsrenten helfen kaum gegen Altersarmut

Die Mängel der Riester-Rente werden auch im Rentenkonzept von Sigmar

Gabriel erkannt. Als Antwort wird vorgeschlagen, die Riester-Förderung abzuwickeln und stattdessen die Betriebsrenten auszubauen.

Auch das ist aber ein Weg, der weitgehend an der Realität vorbeigeht: Denn um Betriebsrentenansprüche zu erwerben, muss zum ersten ein Beschäftigungsverhältnis bestehen – Kindererziehungs- und Pflegezeiten, die vor allem von Frauen geleistet werden, sind damit ebensowenig abgesichert

wie Zeiten der Arbeitslosigkeit. Dann muss der Arbeitgeber/die Arbeitgeberin eine Betriebsrente anbieten. Das ist vor allem bei vielen kleinen Unternehmen zumindest bisher nicht der Fall. Diese Unternehmen bieten maximal eine Direktversicherung an, bei der der Arbeitgeber/die Arbeitgeberin eine Rentenversicherung für den Arbeitnehmer/die Arbeitnehmerin abschließt. Damit sind die Rentenansprüche aber wieder den Risiken des Kapitalmarkts unterworfen:

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, 11. Oktober, 20.00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Rente: Wie gestalten wir eine gerechte und armutsfeste Altersversorgung?
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

Stimmkreiskonferenz

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Stimmkreiskonferenz

zur Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten
zur Landtags- und Bezirkswahl
am Donnerstag, 18. Oktober, 20.00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Die Tagesordnung geht den Delegierten schriftlich zu. Auch Gäste sind zur Konferenz herzlich willkommen!

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

Welche Rente im Alter erzielt werden kann, steht in den Sternen.

Hinzu kommt, dass auch Betriebsrenten erst nach einer Mindest-Betriebszugehörigkeit gezahlt werden, in vielen Fällen 5 Jahre oder mehr. Gerade die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die potentiell von Altersarmut betroffen sind, haben aber oft gar keine Beschäftigungsverhältnisse, die so lange dauern: Sie müssen viel häufiger ihren Arbeitgeber wechseln. Damit erhalten sie keinen Anspruch auf Betriebsrente und damit auch keine Absicherung im Alter, die oberhalb der Armutsgrenze liegt.

Ein höheres Rentenniveau ist bezahlbar

Natürlich ließen sich diese Probleme der Betriebsrente irgendwie lösen. Das würde ein zusätzliches komplexes Regelwerk schaffen, in dem die Übertragbarkeit von Betriebsrenten-Beiträgen, Insolvenzschutz und vieles mehr sichergestellt werden müsste.

Es geht aber auch deutlich einfacher: Denn entgegen den häufig gehörten Argumenten ist ein höheres Rentenniveau bezahlbar.

In der politischen Diskussion – und auch im Rentenkonzept Sigmar Gabriels – wird darauf verwiesen, dass ein höhe-

res Rentenniveau auch höhere Beiträge bedeutet. Bei einem Rentenniveau von 50 Prozent lägen die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung 2030 bei 25 Prozent, 3 Prozentpunkt höher als bei der Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent. 1,5 Prozentpunkte davon entfallen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Nur den gesetzlichen Rentenversicherungsbeitrag zu betrachten, ist aber verkürzt. Im jetzigen Modell mit Riester-Versicherung sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 4 Prozent ihres Einkommen in die Riester-Versicherung einzahlen. Ihre faktische Belastung läge 2030 also bei 15 Prozent – erheblich höher als bei einem höheren Rentenniveau und dafür ohne Riester-Beitrag (12,5 Prozent).

Gleiches gilt auch für das neue Betriebsrenten-Modell: Hier sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mindestens 2 und maximal 6 Prozent ihres Einkommens einzahlen, hinzu kommen im Konzept nicht definierte Beiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Die Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegt bei diesem Modell bei mindestens 13 Prozent – ebenfalls höher als im Modell eines höheren

Rentenniveaus, das die Beiträge zur Betriebsrente überflüssig macht.

Ein höheres Rentenniveau ist also bezahlbar. Und in Anbetracht der skizzierten erheblichen Nachteile einer Lösung über private Vorsorge oder Betriebsrenten ist es dringend notwendig, diesen Weg zu gehen. Damit kann eine armutsfeste Rente grundsätzlich gewährleistet werden.

Die Anhebung des Rentenniveaus alleine reicht allerdings nicht aus: Notwendig ist auch, den Arbeitsmarkt wieder zu regulieren. Denn Altersarmut ist wesentlich auch Folge von Niedriglöhnen, langen Zeiten der Arbeitslosigkeit oder sonstiger „Nicht-Erwerbstätigkeit“. Gerade Frauen sind hier betroffen, die überproportional Familienarbeit leisten, in Teilzeit, Minijobs oder zu Niedriglöhnen beschäftigt sind. Dies spricht das Rentenkonzept von Sigmar Gabriel zu Recht an.

Die SPD muss die Partei sein, die für eine armutsfeste und lebensstandardsichernde Rente steht. Dafür muss bis zum Parteikonvent Ende November, der das Rentenkonzept beschließt, noch einiges nachgebessert werden. Dafür lohnt es sich zu streiten – um dann mit einem guten Programm erfolgreich in die Bundestagswahl gehen zu können.

Solidarität statt Altersarmut

Antrag an die Kreismitgliederversammlung am 11. Oktober 2012

Antragssteller: Distrikt Innenstadt

Wir begrüßen, dass nach jahrelanger Vertagung der Diskussion vom Parteivorsitzenden endlich ein Vorschlag zur Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung vorgelegt wurde. Eine Reihe von Forderungen, insbesondere zur Erwerbsminderungsrente, zur Angleichung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten, zur Teilrente, zur Anrechnung von Zeiten der Arbeitslosigkeit und zur Verlängerung der Rente nach Mindestentgeltpunkten, sind sehr positiv zu bewerten

Der Entwurf ist allerdings an zentralen Stellen unzureichend, weil er

- am Renteneintrittsalter 67 festhält,
- das Rentenniveau nach wie vor auf 43 Prozent absenkt,
- das Teilsystem der kapitalgedeckten Rente beibehält,
- den Kreis der Versicherten nur auf

Personen ausweitet, die nicht über ein anderes obligatorisches Alterssicherungssystem versichert sind.

Wir bekräftigen den Beschluss des Landesparteitags der BayernSPD von 2011 „Solidarität statt Altersarmut“. Wir fordern

- das Renteneintrittsalter wieder auf 65 Jahre festzusetzen,
- das Rentenniveau wieder auf 51 Prozent festzuschreiben,
- gezielt niedrige Renten steuerfinanziert anzuheben, statt Riester-Verträge zu subventionieren. Mittelfristig sollen die privaten Altersvorsorgebeiträge von 4 Prozent (Riester-Rente) wegfallen.
- den Kreis der Pflichtversicherten auszuweiten, damit alle Personen verpflichtend versichert sind, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, also auch Selbstständige, Freiberufler/in-

nen und Beamt/innen. Die bestehenden Altersvorsorgesysteme dieser Personengruppen sollen durch die GRV abgelöst werden.

- die bisherige Pflichtversicherungsgrenze und die Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen. Bei sehr hohen Einkommen ist eine verfassungskonforme Abflachung des Äquivalenzprinzips, also eine geringere Bewertung von Entgeltpunkten ab einer bestimmten Einkommenshöhe, einzuführen.
- Um die Rente armutsfest auszugestalten fordern wir als Konkretisierung der Vorschläge zur Berücksichtigung von Arbeitslosigkeit, dass für die Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II wieder Rentenversicherungsbeiträge abgeführt werden. Diese sollen der Aufstockung durch die Rente nach Mindestentgeltpunkten unterliegen. Die Zwangsverrentung

von ALG II-BezieherInnen ist sofort abzuschaffen.

Das gesetzliche Rentensystem muss wieder zu einer Lebensstandardsicherung zurückfinden, mit einer paritätischen Finanzierung durch Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen. Dringlich ist zudem die Bereitstellung von ausreichender Absicherung bei Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit innerhalb des gesetzlichen Systems. Langfristig ist eine umfassende Bürgerversicherung anzustreben.

Das Wiedereinführen des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre schließt nicht aus, die Möglichkeiten zu einer freiwilligen Erwerbstätigkeit über das 65. Lebensjahr hinaus zu verbessern, soweit dadurch die Arbeitsmarktchancen junger Menschen nicht massiv negativ beeinflusst werden.

Da die freiwillige private Vorsorge nicht flächendeckend greift, kann sie die durch die Rentenreform aufgerissene Lücke nicht schließen. Personen mit geringem Einkommen und/oder unterbrochenen Erwerbsverläufen bleiben bei der Konstruktion der deutschen Rentenversicherung, die für sie keine

zusätzlichen Hilfen vorsieht, auf der Strecke. Altersarmut für viele ist daher vorprogrammiert.

Daher fordern wir, die weitere Absenkung des Rentenniveaus zu stoppen. Dieses soll auf mindestens 51 Prozent festgeschrieben werden. Dies bedeutet in der Spitze einen um 1,5 bis 2 Prozentpunkte höheren Beitragssatz der Arbeitnehmer/innen zur gesetzlichen Rentenversicherung.

Dem gegenüber steht aber, dass ein höheres Rentenniveau die Einführung eines verpflichtenden Betriebsrentenbeitrags der Arbeitnehmer/innen von 2 Prozent (mit freiwilliger Erweiterungsmöglichkeit auf 6 Prozent) überflüssig macht. Insgesamt entsteht so eine geringere Belastung der Arbeitnehmer/innen. Gleiches dürfte auch für die Arbeitgeber/innen gelten. Durch eine höhere Festschreibung des Rentenniveaus und einen höheren Rentenversicherungsbeitrag sollen auch die bestehenden privaten Altersvorsorgebeiträge von 4 Prozent (Riesterrente) obsolet werden.

Der vorgeschlagene Ausbau der Betriebsrente hat den erheblichen Nachteil, dass der Zugang aller Arbeitnehmer/innen zu Betriebsrenten nicht

gewährleistet werden kann. Insbesondere kleine Betriebe bieten i.d.R. bisher keine betriebliche Altersvorsorge an; hier müssten erst die institutionellen Voraussetzungen geschaffen werden. Das Rentenkonzept schlägt dazu vor, dass kleine Betriebe die betriebliche Altersvorsorge über Einzahlungen in die GRV abdecken können. Daraus ergibt sich aber die zwingende Frage, warum nicht unmittelbar ein höherer Beitrag zur GRV angestrebt wird. Hinzu kommt, dass ein wesentlicher Teil der betrieblichen Altersvorsorge über Kapitaldeckung abgewickelt wird, die für Finanzmarktkrisen anfällig ist. Problematisch erscheint bei abnehmender Tarifbindung auch, dass die konkrete Ausgestaltung von Betriebsrenten durch die Tarifparteien geregelt werden müsste. Dies kann zu einer Vielzahl von Insellösungen führen, durch die die Portabilität von betrieblichen Rentenansprüchen beim Wechsel des Arbeitgebers/der Arbeitgeberin nicht gewährleistet werden kann. Deshalb ist die Finanzierung eines den Lebensstandard sichernden Rentenniveaus unmittelbar durch die GRV die erheblich vorteilhaftere Lösung.

Solidarität statt Altersarmut

Beschluss des Landesparteitags der BayernSPD 2011 in Germering

Die gesetzliche Rentenversicherung muss gestärkt und ausgebaut werden

Spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise ist klar, dass nur die solidarische und umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung eine stabile und verlässliche Altersvorsorge garantieren kann. Risiken durch die globalen Veränderungen in der Wirtschaft und in den realen Arbeitsverhältnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können nur in einer Solidarversicherung innerhalb und zwischen den Generationen abgedeckt werden. Die gesetzliche Rente ist unverzichtbar und wichtiger denn je.

Die sogenannte zweite und dritte Säule, also die kapitalgedeckte betriebliche und private Altersvorsorge, können die gesetzliche Rente bestenfalls ergänzen, erfüllen aber die Anforderungen eines modernen Sozialstaates an Armutsfestigkeit und Lebensstandardsicherung nicht im Ansatz. Damit ent-

fällt aber auch jede Grundlage für ihre Förderung durch den Staat aus Steuergeldern.

Lebensstandardsicherung durch die gesetzliche Rente

Versicherte, die in die gesetzliche Rentenversicherung langjährig Beiträge gezahlt haben, müssen im Alter und bei eintretender Erwerbsunfähigkeit eine Rente erhalten, die es ermöglicht, den im Berufsleben erworbenen Lebensstandard aufrecht zu halten. Eine solche Rente muss nach langem Versicherungsleben ausreichen, sozialen Abstieg verhindern. Bis in die 1990er Jahre war dieses Nettorentenniveau ein implizites Leistungsziel der gesetzlichen Rentenversicherung, das gesellschaftlichen und politischen Erwartungen entsprach und in der Regel auch erreicht wurde.

Wir wollen das Ziel zu erreichen, dass die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung den Lebensstandard sichern

sollten, ohne dass private Vorsorge zwingend notwendig wird. Dazu darf das heutige Rentenniveau nach Sozialversicherungsbeiträgen (Verhältnis zwischen Standardrente nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen zum durchschnittlichen Bruttolohn nach Abzug der Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung) von 52,3 Prozent keinesfalls weiter absinken. Vielmehr ist anzustreben, es auf mindestens 56 Prozent anzuheben, also den vergleichbaren Wert der galt, bevor die Rentenpolitik das Ziel der Lebensstandardsicherung offiziell aufgegeben hat.

In die Berechnung der Rentensteigerungen sollen nur noch die Entwicklung der Bruttolöhne und die Beitragssätze zur Renten-, Kranken- Pflege- und Arbeitslosenversicherung eingehen. Willkürliche Komponenten wie der Nachhaltigkeitsfaktor und die Förderungsquoten für die Riester-Rente haben im Sinne eines nachvollziehbaren

■ Schwerpunkt Rente

Prinzip der Generationengerechtigkeit nichts verloren und sind zu streichen.

Strukturelle Armutsfestigkeit der gesetzlichen Rente

Die gesetzliche Rente muss wieder strukturell armutsfest werden. Wer ein Erwerbsleben lang aus einer Vollzeitbeschäftigung Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung geleistet hat, muss im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit eine Rente erhalten, die deutlich über dem Grundsicherungsniveau liegt. Dieses Niveau liegt derzeit für Alleinstehende bei bundesdurchschnittlich 660 Euro monatlich. Bedürftigkeit im Alter oder bei Erwerbsminderung muss die Ausnahme bleiben.

Beide Ziele eines Alterssicherungssystems, die Lebensstandardsicherung und die strukturelle Armutsfestigkeit, können nur mit gründlichen strukturellen Reformen erreicht werden. Erhebliche Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt (Instabilität von Familienmustern, Erosion des Normalarbeitsverhältnisses, Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und wachsende soziale Ungerechtigkeit) verhindern heute für viele Versicherte, die persönlichen Voraussetzungen für eine Rente über dem Grundsicherungsniveau zu erfüllen.

Mit den Rentenreformen des letzten Jahrzehnts hat der Gesetzgeber die Ziele Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit ausdrücklich zugunsten der Beitragsstabilität aufgegeben. Der damalige Anspruch, die entstandenen Lücken durch eine ergänzende kapitalgedeckte Zusatzvorsorge zu schließen, kann aber in der Praxis nicht immer eingelöst werden.

Es ist daher unter anderem erforderlich, dass Zeiten der Arbeitslosigkeit, des Niedriglohnbezugs und bestimmter gesellschaftlich erwünschter und gesetzlich anerkannter Tätigkeiten (z. B. Pflege von Angehörigen, Freiwilligendienste) in der gesetzlichen Rentenversicherung besser berücksichtigt und aufgewertet werden. So ist es als Sofortmaßnahme erforderlich, die Rente nach Mindestentgeltpunkten zu entfristen.

Verbesserung der Renten bei Erwerbsminderung

Erwerbsminderung ist ein wesentlicher Grund für Altersarmut, wenn Versicherte aus gesundheitlichen Gründen das Regelalter für eine Altersrente nicht erreichen können. Die Absicherung des Risikos der Erwerbsminderung ist für uns ein zentraler und unverzichtbarer

Bestandteil des solidarischen Systems der gesetzlichen Rentenversicherung.

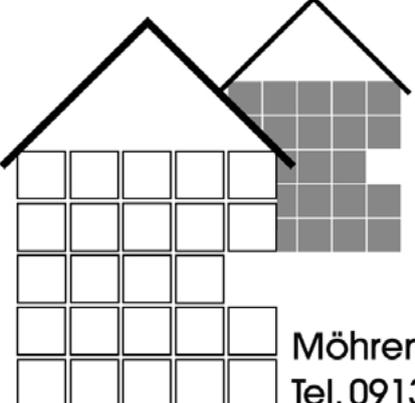
Die zusätzlich anzurechnenden Zeiten im Fall einer eintretenden Erwerbsunfähigkeit, die „Zurechnungszeit“, müssen ausgeweitet und schrittweise an die gesetzliche Regelaltersgrenze angepasst werden. Abschläge bei der Rentenfestsetzung müssen abgeschafft werden, da Erwerbsfähigkeit nicht auf einer freiwilligen Entscheidung der Betroffenen beruht. Bei der Bewertung, ob Erwerbsfähigkeit vorliegt, ist neben der gesundheitlichen Leistungsfähigkeit auch die objektive Situation und Verweisbarkeit auf den Arbeitsmarkt zu berücksichtigen.

Ab einem bestimmten Alter muss ein Anspruch auf eine volle Erwerbsminder-

rungsrente bestehen, wenn die in den letzten fünf Jahren verrichtete Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausgeübt werden kann.

Zugangsalter zur Rente und flexible Übergänge

Das gesetzliche Zugangsalter zu einer abschlagfreien Rente darf nicht angehoben werden. Dies soll nicht ausschließen, dass Menschen auch nach Vollendung des 65. Lebensjahres noch erwerbstätig und sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, so wie andere möglicherweise früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen. Individuelle Unterschiede und sich verändernde Arbeitsmarktsituationen erfordern jedoch Sicherungsniveaus für alle



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

gegen Armut und für den Lebensstandard – also eine Altersgrenze, ab der ein voller Rentenanspruch besteht. Starre Regelungen helfen hier nicht weiter. Auf absehbare Zeit fehlen alle Voraussetzungen für eine Anhebung dieser gesetzlichen Grenze.

Nur knapp ein Viertel der 60 bis 65jährigen arbeitet tatsächlich, weniger als zehn Prozent der heute 64-jährigen gehen einer Beschäftigung nach. Gar nur rund 5 Prozent der Menschen zwischen 60 und 64 Jahren sind in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis.

Wir brauchen daher flexiblere Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Dabei ist nicht nur die Politik, sondern sind auch die Tarifpartner gefordert. Altersveränderte Belegschaften und differenzierte Altersstrukturen müssen von allen betrieblichen Akteuren wahrgenommen werden. Der Teilrentenbezug und die „Teilrente ab 60“ sind weiter zu entwickeln, Arbeitgeber haben dadurch entstehende Abschlüsse auszugleichen.

Voraussetzungen für längere Lebensarbeitszeit

Um die Ausbildungsfähigkeit vieler Jugendlicher zu erhöhen, bedarf es einer besseren schulischen Bildung und weiterer Reformen im Bildungssystem. Um dafür auch mehr gesellschaftliche Akzeptanz zu schaffen, müssen Zeiten der vollschulischen Ausbildung und der Berufsausbildung in der gesetzlichen Rentenversicherung voll berücksichtigt werden. Wir brauchen einen nahtlosen Übergang von der Ausbildung ins Erwerbsleben, ohne Warteschleifen, Befristungen und Prekarität. Die heutige Praxis von nicht versicherten Praktika am Beginn des Berufslebens lehnen wir ab. Eine lebenslange Bildung und ständige Weiterqualifizierung sind eine wichtige Voraussetzung, ein Leben lang am Erwerbsleben teilzunehmen.

Die Arbeit muss weiter humanisiert werden. Dabei ist auf den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz besonders zu achten. Damit Menschen, die das wollen, auch länger arbeiten können, müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass das gegenwärtige Rentenzugangsalter auch tatsächlich erreicht werden kann.

Seitens der Arbeitgeber sind erhebliche Anstrengungen nötig, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu beschäftigen. Gesetzliche Regelungen

zu Quoten und ggf. Sanktionen sind zu prüfen. Die Betriebe und Verwaltungen sind aufgefordert, für ihren Bereich Strategien zu entwickeln, wie alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer länger mit „guter Arbeit“ beschäftigt werden können. Betriebs- und Personalräte sollten dazu ein Initiativ- und Mitbestimmungsrecht erhalten, etwa hinsichtlich Gesundheitsschutz, Humanisierung, Qualifizierung und Arbeitszeiten.

Finanzielle Stärkung der Gesetzlichen Rentenversicherung

Die Arbeitswelt hat eine gewaltige Erosion erlebt. Erwerbsbiographien sind häufiger unterbrochen und weisen Lücken auf. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit geringer Entlohnung nehmen deutlich zu. Die Ausweitung der Leih- und Zeitarbeit, Mini- und Midijobs führen dazu, dass immer weniger Menschen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen (können). Die Aushebelung vieler Tarifsysteme und ein fehlender Mindestlohn haben die Ausweitung des Niedriglohnssektors begünstigt. Gleichzeitig wächst die soziale Ungleichheit zwischen den einkommensstarken und einkommensschwachen Bevölkerungsteilen kontinuierlich. Noch immer bekommen Frauen erheblich weniger als Männer im gleichen Beruf, sie haben auch mehr Brüche in ihrer Erwerbsbiographie und üben mehr Teilzeitbeschäftigungen aus. Immer mehr Menschen bringen nicht mehr die notwendigen Voraussetzungen mit, genug in die bestehende Rentenversicherung einzuzahlen, um ihren Lebensstandard im Alter zu halten. Gleichzeitig fehlt es unserer Volkswirtschaft als Ganzes nicht an den finanziellen Grundlagen für mehr soziale Sicherheit. Was fehlt, sind wirksame und gerechte Finanzierungsmechanismen.

Auch für eine finanzielle Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn und eine Neuordnung des Arbeitsmarktes („Gute Arbeit“) nötig. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf deutliche Verbesserungen zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Leiharbeit, der Befristung von Arbeitsverhältnissen und der Eingrenzung von Minijobs und anderen prekären Arbeitsformen zu legen. Alle Beschäftigungsverhältnisse müssen sozialversicherungspflichtig werden. Die Schwarzarbeit ist wirkungsvoller zu bekämpfen. Wir streben die Anhebung der Grund-

lohnsumme und der Lohnquote durch gesetzlich flankierte höhere Tarifabschlüsse und wirksame Anti-Lohndumping-Maßnahmen an. Dies schließt das Vergaberecht und die Regelungen für Werkverträge und Praktika ein. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob Arbeitgeber mit überdurchschnittlichen gesundheitlich bedingten Frühverrentungsquoten zu einem zusätzlichen Arbeitgeberbeitrag herangezogen werden.

Die heute für die Subventionierung privater Altersvorsorge eingesetzten Steuermittel müssen in die gesetzliche Rentenversicherung umgeleitet werden. Dabei gilt ein Vertrauensschutz für bestehende Verträge. Der Bundeszuschuss ist so zu erhöhen, dass wirklich alle versicherungsfremden Leistungen von allen Steuerzahlern finanziert werden. Zur Refinanzierung von z. B. der Anerkennung von Pflege- und Kindererziehungszeiten gehört auch eine gerechtere Besteuerung insgesamt, vor allem bei Kapitalerträgen und hohen Vermögen.

Ziel Erwerbstätigenversicherung

Die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden. Das heutige Alterssicherungssystem und seine Trennung in Berufsstände ist völlig überholt und behandelt gleiche soziale Tatbestände je nach Gruppenzugehörigkeit (Arbeitnehmer, Beamte, Landwirte, Rechtsanwälte, Ärzte, etc.) ungleich. Gerecht und zukunftssicher ist nur ein solidarisches Rentensystem, dem alle Erwerbstätigen angehören und das von allen gemeinsam finanziert wird. Eine Erwerbstätigenversicherung wäre im Vergleich zum heutigen System deutlich stabiler und zugleich unabhängig von strukturellen Verschiebungen innerhalb der verschiedenen Formen der Erwerbsarbeit. Dazu wird eine Stichtagsregelung erforderlich, die Vertrauensschutz für bestehende Regelungen garantiert. Der vollständige Umbau des Systems ist somit ein jahrelanger Prozess, der jedoch gerade deshalb unverzüglich eingeleitet werden muss. An der paritätischen Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber halten wir fest.

Die bisherige Pflichtversicherungsgrenze und die Beitragsbemessungsgrenze sind abzuschaffen. Bei sehr hohen Einkommen setzen wir uns für eine verfassungskonforme Abflachung des Äquivalenzprinzips ein, also eine geringere Bewertung von Entgeltpunkten ab einer bestimmten Höhe.

Kein Einsatz militärischer Drohnen

Antrag an die Kreismitgliederversammlung am 11. Oktober 2012

Antragsteller: Dr. Christofer Zwanzig, AK Frieden und Internationalismus

Die SPD Erlangen lehnt den Einsatz militärischer Drohnen ab. Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion deshalb auf, im Deutschen Bundestag gegen entsprechende Anschaffungspläne der Bundeswehr zu stimmen. Die Beteiligung Deutschlands an der Weiterentwicklung der militärischer Drohnentechnik ist einzustellen. Ferner fordern wir, die Beteiligung der Bundeswehr oder deutscher Geheimdienste an Zielfindung und Einsatz von Drohnen durch andere Staaten zu verbieten.

Begründung

Der Einsatz von unbemannten militärischen Flugkörpern hat in den vergangenen Jahren massiv zugenommen. Insbesondere die US-Army, aber auch

der Geheimdienst CIA nutzen bewaffnete Drohnen zunehmend für „gezielte Tötungen“ im „Krieg gegen den Terror“. Das Völkerrecht wird dabei in mehrfacher Hinsicht unterlaufen, da die USA die Drohnen häufig in Ländern einsetzen, mit denen sie sich gar nicht offiziell im Krieg befinden. Zudem wird das humanitäre Völkerrecht außer Kraft gesetzt, das die Tötung von Aufständischen nur dann als gerechtfertigt betrachtet, wenn sie sich im fraglichen Moment unmittelbar an Kampfhandlungen beteiligen. Der UN-Sonderberichterstatter für extralegale Hinrichtungen bewertet den Drohneneinsatz für „gezielte Tötungen“ vor diesem Hintergrund als (völkerrechts-)widrig.

Der Einsatz von bewaffneten Flugkörpern zielt darauf ab, auch über große Entfernungen mit geringem Personaleinsatz und geringem Risiko für

Opfer auf der eigenen Seite militärische Operationen durchzuführen. Die Hemmschwelle für den Einsatz militärischer Gewalt wird weiter gesenkt, Möglichkeiten für die demokratische Kontrolle weiter verschlechtert. Wie die bisherigen Einsätze zeigen, geht die Nutzung von bewaffneter Drohnen zudem mit einer großen Anzahl ziviler Opfer einher.

Die Nutzung von Drohnen führt zu einem neuen internationalen Rüstungswettlauf. Allein die Ausgaben der USA haben sich zwischen 2002 (550 Mio. Dollar) und 2011 mit rund fünf Mrd. Dollar nahezu verzehnfacht. In die mittlerweile erneut verzögerte Entwicklung der Drohne Euro-Hawk hat die Bundeswehr bislang 1,2 Milliarden Euro investiert. Darüber hinaus sollen 16 unbemannte Fluggeräte für Kampfeinsätze gekauft werden. Die Bewaffnung der Plattformen wird diskutiert.



Rebecca Friedrich
Serviceberaterin in der
Geschäftsstelle Möhrendorfer Straße

direkt GIRO

Das kostenlose* 0,-nlinebanking-Konto für Privatkunden mit persönlicher Beratung und Service.



Sicher. Stabil. Verlässlich.

*Das „direkt GIRO“ ist das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen nur für Privatkunden: kein Grundpreis, kein Durchschnittsguthaben, kein Mindesteingang, keine Buchungspostenentgelte. Kostenlos in Deutschland Geld abheben an über 25.000 Geldautomaten der Sparkassenorganisation. Sämtliche Arbeiten zur Kontoumstellung erledigen wir gerne für Sie. Fragen Sie jetzt unsere Berater nach dem „direkt GIRO“ und unserem Finanzcheck. Weitere Informationen auch per Telefon: 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr) oder unter www.sparkasse-erlangen.de

Ausschreibung für den Peter-Zink-Preis 2013

Zum Gedenken an den großen Politiker und Gewerkschafter Peter Zink (22. Dezember 1907 bis 10. Januar 2005) verleihen die Familie Zink, der SPD-Kreisverband Erlangen und die IG Metall Erlangen alle zwei Jahre den Peter-Zink-Preis. Der Preis wurde erstmals zum 10. Januar 2006, dem 1. Todestag von Peter Zink, ausgelobt. Mit ihm sollen Jugendliche oder Jugendgruppen gewürdigt werden, die sich innerhalb der SPD oder der Gewerkschaften oder diesen nahe stehenden Organisationen, Vereinen oder Betrieben durch ihr soziales und gesellschaftspolitisches Engagement für den Aufbau einer lebendigen Demokratie besonders verdient gemacht haben bzw. die in vorbildlicher Weise das politische, gesellschaftliche, arbeitnehmerorientierte Engagement von Jugendlichen fördern.

Der Preis wird mit 500 Euro dotiert. Die Entscheidung darüber trifft das Auswahlgremium.

Die Preisverleihung findet am 10. Januar 2013 statt.

Wer entscheidet über die Verleihung des Preises?

Das Auswahlgremium besteht aus 5 Personen:

- Ein/e Vertreter/in der Familie Zink,
- Ein/e Vertreter/in der der SPD Erlangen,
- Ein/e Vertreter/in der der IG-Metall Erlangen
- je eine/n Vertreter/in der Jugendorganisationen von SPD und IGM.

Wo bewirbt man sich um den Preis?

Bewerbungen sind bis zum 29. Oktober einzureichen beim

SPD-Kreisverband Erlangen
Friedrich-List-Straße 5
91054 Erlangen
Tel. 09131-812 65 22
E-Mail: buero@spd-erlangen.de

oder bei der

IG-Metall-Verwaltungsstelle Erlangen
Friedrichstr. 7
91054 Erlangen
Tel. 09131-88380,
E-Mail: erlangen@igmetall.de

Zur Person Peter Zink

Peter Zink war ein engagierter Sozialdemokrat, der sich seit frühester Jugend für die Arbeitnehmer-Gesellschaft eingesetzt hat. Geboren am 22. Dezember 1907 im Arbeiterviertel Stubenlohe trat er bereits mit 6 Jahren in den Arbeiter- (heute Allgemeiner) Turn- und Sportverein (ATSV) ein. In den 20er Jahren errang er den Titel Bayerischer Jugendmeister im Geräteturnen.

In der Volkshauptschule war er ein hervorragender Schüler. Eine höhere



Peter Zink bei der „Hungerkundgebung“ am 25. Januar 1948 auf dem Schloßplatz in Erlangen

Schule konnte er, trotz der Empfehlung seiner Lehrer, nicht besuchen, denn seine Eltern konnten das Schulgeld nicht aufbringen.

Mit 14 Jahren, am Tag seiner Konfirmation, trat er in die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) und damit in die SPD ein. Hier begann seine politische Arbeit. Man darf nicht vergessen, daß die Arbeiter-Kultur in der bürgerlich geprägten Stadt Erlangen einen schweren Stand hatte. In der SAJ schaffte es Peter Zink, den Jugendlichen ein Freizeitangebot mit Wanderungen, Musik, Gesang und Tanz, aber auch politischer Bildung zu bieten. Bis zu 120 junge Leute trafen sich regelmäßig.

1927 übernahm Peter Zink von seinem langjährigen Weggefährten Michael Poeschke die Leitung der SAJ. Mit dem ersten Tag einer Lehrzeit als Technischer Zeichner bei Reiniger Gebbert und Schall (RGS, später Siemens Reiniger), dem 1. Mai 1922, wurde Peter Zink Mitglied der Gewerkschaft „Deutscher Techniker Verband“ im Allgemeinen Gewerkschaftsbund (ADGB). Das En-

gagement in der Gewerkschaft und in der sozialdemokratischen Politik prägte sein gesamtes Leben.

Nach seiner Lehrzeit arbeitete Peter Zink bis 1928 als Technischer Zeichner bei RGS. Dann wechselte er, aus politischer Überzeugung, als Redakteur zum sozialdemokratischen „Erlanger Volksblatt“. Wieder war es Michael Poeschke, der ihn gewinnen konnte. Konsequentermaßen kämpften beide publizistisch gegen die NS-Bewegung, was ihnen 1933 Miss-handlung, Gefängnis, KZ-Haft in Dachau und Berufsverbot einbrachte.

Nach seiner Freilassung schlug sich Peter Zink, wie sein Schwiegervater Josef Hartmann, zunächst als Vertreter durch. 1936 fand er wieder eine Anstellung bei Siemens Reiniger (SRW). In Abendkursen am Polytechnikum in Nürnberg bildete er sich zum Konstrukteur weiter. Als

Leiter der Normenabteilung und Lehrlingsausbilder blieb er im Krieg „u.k.“ gestellt.

Politisch unbelastet, arbeitete er ab 1945 für den Wiederaufbau des demokratischen Lebens. U.a. organisierte er, beauftragt von der Militärregierung, die Neuwahl von Betriebsräten und gründete die Einheitsgewerkschaft auf Orts- und Landesebene mit. Ebenso war er an der Wieder- und Neugründung vieler Vereine, von der Konsum- und Spargenossenschaft bis zum Gemeinnützigen Verein (gVe), maßgeblich beteiligt.

SRW-Betriebsratsvorsitzender und Mitglied des Aufsichtsrats 1946 bis 1971, SPD-Stadtrat 1946 bis 1963, SPD-Vorsitz 1954 bis 1969, Landtagsabgeordneter 1954 bis 1974 waren seine politischen Wahlämter. Sein Landtagsmandat hielt er 20 Jahre als direkt gewählter Abgeordneter!

Die Einführung des Großstadttarifs für die Erlanger Metallbeschäftigten 1952 und der Erhalt des Markgrafentheaters 1956 waren ihm mit zu ver-

danken. Mit seiner Frau setzte er die christliche Gemeinschaftsschule als Regelschule in Erlangen 1962 im Modellversuch durch. Engagiert und ideenreich förderte er in seiner Zeit als Landtagsabgeordneter viele Bauvorhaben, wie Schul-, Universitäts- und Klinikgebäude sowie soziale Einrichtungen.

Geehrt wurde er u.a. mit der Hans-Böckler-Medaille der IG Metall (1967), dem Bundesverdienstkreuz (1971), als Ehrenbürger der Stadt Erlangen (1972), als Ehrensensator der FAU (1974), mit der August-Bebel-Uhr der SPD Erlangen (1982), mit der Georg-von-Vollmar-Medaille der bayerischen SPD (1983), mit dem Bayerischen Verdienstorden und der Verfassungsmedaille (1987): Die hohen Auszeichnungen bestätigen die Verdienste und Wertschätzung des „Zink´n Peter“, der seinen Weg nach oben machte, ohne seine Herkunft aus den Augen zu verlieren.

(Quellen: Festschrift zum 90. Geburtstag und Stadtlexikon Erlangen.)

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Oktober Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

- 05.10. Herbert Ritzer
77 Jahre
- 05.10. Udo-Helge Suppan
71 Jahre
- 08.10. Herta Marhoff
75 Jahre
- 08.10. Jürgen Tendel
73 Jahre
- 14.10. Helmut Pfister
76 Jahre
- 19.10. Thomas Spannagel
50 Jahre
- 20.10. Marianne Benz
75 Jahre
- 25.10. Günter Lüling
84 Jahre



- 26.10. Peter Redel
60 Jahre
- 28.10. Charlotte Schwarz
96 Jahre
- 28.10. Alfred Opitz
75 Jahre

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 24. Oktober, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Themen:

- Aktuelles
- Kommunalpolitisches Programm 2014: Fortschreibung des Abschnitts „Arbeit und Wirtschaft“ des gültigen Programms von 2008 mit den zuständigen Sprechern der Stadtratsfraktion Wolfgang Vogel und Norbert Schulz.
Dazu wollen wir uns auch die „Sozioökonomischen Strukturdaten Erlangen“ wieder anschauen (auf meiner Homepage www.fen-net.de/dr.helmut.pfister).

Wie jeder Arbeitskreis des Kreisverbands ist auch der WiPo-AK natürlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht. Wir freuen uns über jede/n, die/der mitarbeiten, mitdiskutieren oder auch nur erstmal zuhören will.

Helmut Pfister

Arbeitskreis „Frieden und Internationalismus“

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 17. Oktober, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Tagesordnung:

- Aktuelles
- Fortsetzung unserer Diskussion der strukturierten Stoff- und Fragensammlung (auf meiner Homepage www.fen-net.de/dr.helmut.pfister unter „Internationalismus reloaded“):
Abschnitt 1: Fakten und Hintergründe, Militarisierung der Außen – und Entwicklungspolitik (Christofer Zwanzig)

Wir laden alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht, herzlich ein, mitzuarbeiten, mitzudiskutieren oder auch nur erstmal zuzuhören, je nach Gusto.

Helmut Pfister

Kurzprotokoll der Sitzung vom 25. Juli:

I. Aktuelles

Für die Sitzung im September soll ein Antrag zum Thema Drohnen vorberei-

tet werden. Zuständig: Christofer

II. Diskussion zu Fakten und Prozessen

- Im Rahmen eines Seminars des AK Frieden sollen die historischen Errungenschaften der UN-Charta herausgearbeitet werden. Es gilt dabei aber auch, die völkerrechtliche Realität zu beschreiben und Ziele einer Weiterentwicklung zu benennen.
- Im Rahmen einer Zahlensammlung sollen Rüstungsausgaben und Entwicklungshilfe gegenübergestellt werden.
- Als wichtiges Thema für den AK werden die qualitativen Veränderungen in der Kriegsführung und die Analyse der zunehmenden Einbeziehung aller Gesellschaftsbereiche in die Kriegsführung benannt.

Christofer Zwanzig.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
November 2012
26. Oktober 2012

7,5 Millionen AnalphabetInnen brauchen unsere Hilfe

Liebe Genossinnen und Genossen, 7,5 Millionen Menschen in Deutschland – das sind immerhin 14,5 Prozent der 18- bis 64-Jährigen – können nicht lesen, oder sie verstehen nicht, was sie lesen. Sie sind sogenannte funktionale Analphabeten und Analphabetinnen.

Oft können sie die Texte auf Verpackungen nicht lesen. Sie verstehen die Sprache von Behördenbriefen nicht oder können Antragsformulare nicht ohne Unterstützung ausfüllen. Viele der Betroffenen können zwar einzelne Sätze lesen und schreiben, aber sie können den Inhalt längerer Texte nicht erschließen.

Menschen, die schlecht lesen und schreiben können, ist es unangenehm, andere um Hilfe zu bitten. Sie haben Angst davor, für dumm gehalten zu werden, fühlen sich ausgeschlossen und haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Denn sie haben große Schwierigkeiten, Bewerbungen zu schreiben.

Hilfe für Analphabetinnen und Analphabeten ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit

Deshalb ist es für die SPD-Bundestagsfraktion auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, dass es in Deutschland weniger Analphabetinnen und Analphabeten gibt. Daran sollen in den kommenden zehn Jahren die Bundesebene, die Bundesländer und die Städte und Gemeinden gemeinsam arbeiten. Auch die Arbeitsagenturen, die Träger sozialer Einrichtungen (z.B. Kindergärten) und die Wirtschaft sollen dabei mitmachen.

Unsere Kernforderungen sind:

- Alphabetisierung muss gesamtgesellschaftlich als drängende bildungspolitische Herausforderung verstanden werden.
- Die Zahl der funktionalen Analphabeten muss absehbar halbiert werden. Dazu müssen dauerhafte und tragfähige

Strukturen als Teil des allgemeinen Weiterbildungssystems in Deutschland aufgebaut und gestärkt werden.

- Wir verfolgen das Ziel, schrittweise die Anzahl der Kursplätze für Alphabetisierung und Grundbildung an den Volkshochschulen und weiteren Trägern von 30.000 Plätzen auf mindestens



Schwierige Hausaufgabe für die Bildungspolitik: Die SPD setzt sich dafür ein, dass auch erwachsene AnalphabetInnen in Kursen wieder mit dem Lesen und Schreiben vertraut gemacht werden.

tens 100.000 jährlich zu erhöhen. Dazu bedarf es einer verbindlichen Vereinbarung über den dauerhaften Mittelsatz der jeweiligen politischen Ebene.

■ **Von Marlene Rupprecht MdB**
Betreuungsabgeordnete für den Wahlkreis Erlangen



ne. Wir wollen, dass der Bund ab 2013 jährlich mindestens 50 Millionen Euro für die Alphabetisierungs- und Grundbildungsarbeit bereitstellt.

- Wir brauchen eine für die Belange von funktionalen Analphabeten sensibilisierte Öffentlichkeit. Dazu wollen wir ein positives Klima und niedrigschwellige Strukturen für mehr Lese- und Schreibfähigkeit, zum Beispiel mit Texten in „Einfacher Sprache“, schaffen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat jetzt ihren Antrag „Alphabetisierung und Grundbildung in Deutschland fördern – Für eine nationale Bildungsdekade“ in einfache Sprache übersetzt (http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/antrag_spd_alphabetisierung_foerdern_drucksache_179564_einfache_sprache_final_0.pdf)

Mit herzlichen Grüßen
Eure Marlene Rupprecht, MdB

Erlangen-Höchstadt: Alexandra Hierse- mann Landtagskandidatin

Der Stimmkreis Erlangen-Höchstadt hat Alexandra Hierseman mit großer Mehrheit zur Landtagskandidatin gewählt. Für die 51-jährige Juristin ist es die zweite Kandidatur nach 2008. Hierseman forderte in ihrer Vorstellungsrede unter anderem ein besseres Schulsystem und ging auf ihre langjährige Erfahrung als Beraterin der Landtagsfraktion in Rechtsfragen ein.

Für den Bezirkstag wurde Konrad Gubo, 2. Bürgermeister der Marktgemeinde Eckental nominiert. Die Delegierten beschlossen außerdem, auch 2013 wieder in einem Zweitstimmenabkommen mit dem Stimmkreis Erlangen zu kooperieren. Damit sollen für



die Kandidatinnen und Kandidaten von Stadt und Landkreis die Erfolgsaussichten durch gemeinsame Wahlwerbung verbessert werden.

Signal des Aufbruchs

Von der Herbstklausur der SPD-Landtagsfraktion in Kulmbach geht ein Signal des Aufbruchs aus: Einmal mehr hat die bayerische Sozialdemokratie deutlich gemacht, dass sie mit klaren inhaltlichen und personellen Alternativen in den Wahlkampf zieht. Mit dem Eckpunktepapier „Nachhaltigkeit, Innovation und Gute Arbeit“ fordert die SPD eine nachhaltige Industrie- und Strukturpolitik ein. Christian Ude ist es gelungen, mit Prof. Dr. Werner Widuckel einen profilierten Sozialdemokraten und ausgewiesenen Experten als wirtschaftspolitischen Berater zu gewinnen.

Für nachhaltiges Wachstum

Mit dem in Kulmbach vorgestellten Eckpunktepapier grenzt sich die SPD-Landtagsfraktion klar vom Irrglauben einer reinen Marktsteuerung der Wirtschaft ab und fordert stattdessen eine aktive Wirtschaftspolitik ein, die den Dialog aller beteiligten Akteure fördert. Den Ansätzen liberaler und konservativer Wirtschaftspolitik setzten wir das Ziel eines qualitativ orientierten Wachstums entgegen, das durch Innovation, durch Ressourcenschonung und -effizienz so-

wie durch soziale Verantwortung und Gerechtigkeit geprägt ist. Statt einer einseitigen Ausrichtung auf Hochtechnologie und Exportorientierung fordern wir eine Wirtschaftspolitik, die Entwicklungsprobleme strukturschwacher Regionen und die Lage mittelständischer Unternehmen stärker berücksichtigt.

Industrie- und Strukturpolitik als Querschnittsaufgabe

Im Sinne eines nachhaltigen Wachstums verstehen wir Industrie- und Strukturpolitik als Querschnittsaufgabe. Zu dieser gehören die Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen und der Hochschul- und Forschungsbedingungen. Sie umfasst die konsequente Umsetzung der Energiewende und die Verwirklichung demokratischer Teilhabe. Mit diesem Ansatz gelingt es uns, unsere Forderungen nach Guter Arbeit und gerechter Bildung zu einer stimmigen wirtschaftspolitischen Alternative für Bayern zu verbinden.

Wir bieten personelle Alternativen

Besonders erfreulich ist, dass Christian Ude mit Werner Widuckel einen wirt-

■ **Von Angelika Weikert MdL**
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen



schaftspolitischen Berater berufen hat, der gemeinsam mit Thomas Beyer das wirtschaftspolitische Konzept profiliert vertreten wird. Im Jahre 1958 geboren trat Werner Widuckel bereits 1974 in die SPD ein. Er verfügt über vielfältige Erfahrungen in der Wirtschaft: Von 2001 bis 2005 arbeitete er als Leiter der Personalpolitik und Grundsatzfragen der Audi AG und von 2005 bis 2010 als Personalvorstand und Arbeitsdirektor der Audi AG. Seit 2012 hat Widuckel eine Lehrprofessur für Personalmanagement und Arbeitsorganisation an der Universität Erlangen-Nürnberg inne.

Mit dem Schwung von Kulmbach können werden wir in die kommenden Wochen gehen, in denen mit den Nominierungen der Landtagskandidaten in den einzelnen Stimmkreisen wichtige Weichenstellungen anstehen!

Argumente zur Stadt-Umland-Bahn

Vorteile der StUB

- Kurze Fahrzeiten durch ein vom MIV weitgehend unabhängiges Schienenverkehrsmittel
- Hohe Zuverlässigkeit
- Bessere Fahrbeziehungen zwischen Erlangen-Nürnberg: Kein Umsteigen in Thon von Bus auf Straßenbahn
- Evtl. umsteigefreies Erreichen der Nürnberger Altstadt, falls der Nürnberger Nahverkehrsentwicklungsplan realisiert wird
- Keine Konkurrenz zu S-Bahn, da unterschiedliche Bereiche innerhalb der jeweiligen Städte abgedeckt werden
- Verbindung der Hochschulstandorte, Realisierung einer einzigen Hochschullinie
- Zwischen Erlangen und Herzogenaurach:
 - Kürzere Fahrzeiten wegen neuem Talübergang

- Bessere Anbindung der Herzo-Base an Erlangen und Herzogenaurach
- Zwischen Erlangen und Buckenhof/Uttenreuth:
 - Entlastung der Kommunen vom MIV,
 - Umsteigemöglichkeit der Pendler aus Neunkirchen und Eckental
- Höhere Attraktivität des schienengetriebenen Verkehrsmittels bei paralleler Streckenführung („Schienenbonus“, prognostiziert von i.d.R. 10 Prozent, in der Realität aber meist deutlich höher, wie die Erfahrungen z.B. aus Freiburg, Erfurt und Heilbronn zeigen)
- erprobte, funktionierende Form der Elektromobilität
- Siedlungspotenzial
 - In Erlangen: entlang der Trasse Adenauerring (schon in Planung)
 - In Herzogenaurach: im Norden und im Bereich Herzo-Base

- In Nürnberg: Gewerbeflächen im Stadtteil Boxdorf, Wohnbau in geringerem Umfang
- In Spardorf: ehemaliges Ziegeleigelände
- In Weiher: Bauflächen im Norden
- Ökologischer und dadurch langfristig volkswirtschaftlicher Nutzen durch hohe Verlagerungswirkung des MIV, CO₂-Einsparung
- Konjunkturprogramm für die Region, es fließen über 155 Millionen Euro Fördergelder in die Finanzierung der Infrastruktur

Grundlage der Förderungswürdigkeit: Standardisierte Bewertung, in der der Nutzen-Kosten-Indikator (NKI) über 1,0 liegen muss. Im Falle der StUB: NKI von 1,10 für T-Netz von Nürnberg-Wegfeld bis Herzogenaurach Bahnhof (Westast) bis Uttenreuth (Ostast).

Reduktionsstufe 4: Endhalt in Uttenreuth (zum Vergleich: NKI von 1,01 für Endhalt in Weiher; NKI von 1,15 für Endhalt in Buckenhof; NKI von 0,77 für BI-Variante)

Notwendigkeit der Kosbacher Brücke:

Ja, allerdings nur für den ÖPNV, da sonst die Rückzahlung der Zuschüsse nötig wird! Nutzbar aber auch für Radverkehr.

Linienkonzept:

Verlängerung der „Am Wegfeld“ endenden Tramlinie 4 zur Linie 4.1 von Nürnberg-Wegfeld nach Herzogenaurach Bf Linie 4.2 von Nürnberg-Wegfeld nach Uttenreuth; Verknüpfungspunkt: Arcaden

Zusätzlich: Linie 3 von Büchenbach nach Uttenreuth über Erlangen-Bahnhof.

- Induzierung von 2.200 Personenfahrten/24h im ÖPNV
 - Summe: zusätzlich 13.200 Personenfahrten/24 h im ÖPNV
- => Reduzierung der MIV- Leistung um 29,95 Mio. PKW-km/Jahr!

CO₂-Bilanz:

Abnahme der CO₂-Emissionen von 6.012t CO₂ pro Jahr!

Zeitschiene:

Nach dem Grundsatzbeschluss des Erlanger Stadtrates zur Anmeldung der StUB für das GVFG-Bundesprogramm (stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest):

- 2013: Entscheidung des Bundesverkehrsministeriums über die Aufnahme in das GVFG-Programm



(Bild: Peter von Bechen/pixelio.de)

Führung über den Flughafen Nürnberg: bisher noch nicht vorgesehen, Untersuchungen durch Gutachter ab Herbst 2012

Vorgesehene Taktdichte:

- Werktags: 10-Minutentakt
- Spätverkehrszeit und sonntags: 20-Minuten-Takt
- Außenstrecke von Büchenbach nach Herzogenaurach: 20- bzw. 40-Minutentakt

Ergänzendes Busliniennetz:

Ja, wird – an das StUB-Netz angepasst – weiter bestehen

Verkehrliche Auswirkungen:

- Verlagerung von knapp 11.000 Personenfahrten/24h vom MIV zum ÖPNV

- 2015: Baubeginn
- 2019: Inbetriebnahme (Ende des GVFG-Förderprogramms)
- 2049: Ende des Betrachtungszeitraumes

Befürworter des Projektes (Stand: August 2012)

- Innenminister Joachim Herrmann (CSU)
- Bundestagsabgeordneter Stefan Müller (CSU)
- IHK Nürnberg für Mittelfranken
- IHK-Gremium Herzogenaurach
- Studentenwerk Erlangen-Nürnberg
- verdi
- Siemens
- Adidas
- Puma
- Schäffler

Nachteile der StUB:

- Weiterhin Notwendigkeit der Binnerschließung einzelner Stadtteile durch den Bus, z.B. in Büchenbach
- Streckenführung außerhalb der Siedlungsschwerpunkte v.a. in Büchenbach
- Größere Umsteigenotwendigkeit auf manchen Strecken z.B. für Gemeinden östlich von Uttenreuth sowie auf dem Herzogenauracher Stadtgebiet westlich der Innenstadt:
 - Heute: direkte Busverbindung nach Erlangen
 - Dann: Umsteigen von Bus auf StUB wird zum Erreichen von Erlangen nötig
- Führung mit Oberleitung

Zu den Finanzen:

- Investitionskosten: 280,5 Mio. Euro
- davon zuwendungsfähig (StUB-Infrastruktur): 193,231 Mio. Euro
- 80 Prozent GVFG-Zuwendungen (60 Prozent Bund, 20 Prozent Land): 154,6 Mio. Euro
- verbleibender kommunaler Investitionsanteil: 125,9 Mio. Euro

Beteiligte Gebietskörperschaften:

- Stadt Erlangen
- Stadt Nürnberg
- Landkreis Erlangen-Höchstadt

Kostenaufteilung

Nach dem Territorialprinzip, aber es sind auch andere Möglichkeiten denkbar, z.B. nach Fahrgastzahlen):

- Stadt Erlangen: 71,57 Mio. Euro (entspricht 57 Prozent)
- Stadt Nürnberg 8,54 Mio. Euro (entspricht 7 Prozent)
- Landkreis Erlangen-Höchstadt: 45,81 Mio. Euro (entspricht 36 Prozent)

Folgekosten für die Stadt Erlangen:

6,43 Mio Euro/Jahr inkl. Betriebskosten ab dem Jahr der Inbetriebnahme

Finanzierungsmodelle

Die Finanzierung der StUB ist machbar! Eine Kombination von Steuererhöhungen (ggf. durch Steuererhöhungen), Streckung der anderen Investitionen und maßvoller Neuverschuldung ermöglicht den Bau der StUB. Im Folgenden sind einige Modellrechnungen dargestellt, die dies belegen. Grundlage ist dabei der Durchschnitt der Haushaltseckwerte der Stadt Erlangen in den Jahren 2013-

2015 der mittelfristigen Finanzplanung. Dabei ist das Jahr 2013 ein besonders schwieriges Haushaltsjahr, die anderen beiden dagegen leicht positive. Da ein sehr gutes Haushaltsjahr in der Zeitspanne nicht enthalten ist (es diese in der Vergangenheit aber wiederholt gegeben hat), ist davon auszugehen, dass die Modellrechnungen auf keinen Fall zu positiv geschätzt werden.

- Modell 1: Alle Steuern +5 Prozent: Mehreinnahmen oder Steuererhöhung (Gewerbesteuer wie Nürnberg, Grundsteuer 483), andere Investitionen um 5 Prozent reduzieren, leichte Erhöhung der Neuverschuldung

Modellrechnungen in Millionen Euro, Zielwert 6,5 Millionen Euro pro Jahr

	Derzeitige HH-Planung (Ø 2013-2015)	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Gewerbesteuer (netto)	57,4	+ 2,9	+ 5,7	0	+2,0
Grundsteuer	22,9	+ 1,1	+ 2,3	0	+3,7
Investitionen	-27,7	+ 1,4	0	+ 2,8	+1,4
Neuverschuldung	6,2	+ 1,1	0	+ 3,7	0
Summe		6,5	8	6,5	7,1

- Modell 2: Alle Steuern +10 Prozent (Gewerbesteuer 467, Grundsteuer 506)
- Modell 3: Andere Investitionen um 10% reduzieren, Erhöhung der Neuverschuldung

- Modell 4: Gewerbesteuer wie FÜ, Grundsteuer wie N, andere Investitionen -5 Prozent

Zur Information: Investitionen in Straßenbau Ø 2013-2015: 6,7 Millionen Euro!

Thesenpapier zum RoBus

Hintergrund der Entwicklung des RoBus-Systems:

Der RoBus (Regional optimiertes Busnetz) wird als Alternative zur StUB betrachtet, deshalb aufbauend auf gleichem Prognosebezugsfall; gesamtwirtschaftliche Bewertung mit Ausweisung eines Nutzen-Kosten-Indikators ist allerdings nicht möglich, weil in diesen Investitionen in die Infrastruktur einfließen, diese sind beim RoBus zu niedrig

Förderungswürdigkeit:

Nicht als Gesamtsystem, nur bei Einzelmaßnahmen, z.B. Kosbacher Brücke

Notwendigkeit der Kosbacher Brücke:

Ja, aber nur für den ÖPNV, da sonst Rückzahlung der Zuschüsse nötig wird. Allerdings auch für Radverkehr nutzbar

Linienkonzept:

Umwandlung der Regionalbuslinien in:

- Durchmesserlinien (Bsp: Kosbach-Effeltrich)
- Übereckverbindungen in Anlehnung an die StUB-Linienführung sowohl vom Westen in Richtung Nürnberg (Bsp: Steudach-Eltersdorf Bhf) als auch vom Osten in Richtung Nürnberg (Bsp.: Eschenau – Bruck Bhf)

Vorgesehene Taktdichte:

15/30/60-Minuten-Taktraster

Verkehrliche Auswirkungen:

- Verlagerung von 6.610 Personenfahrten/24h vom MIV zum ÖPNV
 - Induzierung von 835 Personenfahrten/24h im ÖPNV
 - Summe: zusätzlich 7.445 Personenfahrten/24 h im ÖPNV
- => Reduzierung der MIV-Verkehrsleistung um 16,96 Mio. PKW-km/Jahr

CO₂-Bilanz

Abnahme der CO₂-Emissionen von 1.664 t CO₂ pro Jahr

Zeitschiene

Nach Grundsatzbeschluss des Erlanger Stadtrates zur Anmeldung als Alternative zur StUB für das GVFG-Bundesprogramm (stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest):

- 2017: Baubeginn
- 2019: Inbetriebnahme
- 2049: Ende des Betrachtungszeitraumes

Befürworter des Projektes (Stand: August 2012):

- IHK-Gremium Erlangen
- Vorstand der EStW
- Handelsverband Bayern (HBE) Erlangen

Vorteile des RoBus:

- Bessere umsteigefreie Fahrbeziehungen durch Durchmesserlinien

- Ökologischer und dadurch langfristig volkswirtschaftlicher Nutzen durch Verlagerungswirkung des MIV, CO₂-Einsparung
- kürzere Fahrzeiten wegen neuem Talübergang

Nachteile des RoBus:

- Höhere Fahrzeiten, da weitgehende Nutzung des vorhandenen Straßenraumes ohne eigene Trasse
- Geringerer Fahrkomfort
- Generelle Akzeptanzprobleme des Busverkehrs in Erlangen
- Systemwechsel nach Nürnberg notwendig – jeder Umsteigezwang kostet Fahrgäste
- weiterhin Abhängigkeit von fossiler Energie

Zu den Finanzen:

Investitionskosten: 12,4 Mio. Euro

Beteiligte Gebietskörperschaften:

- Stadt Erlangen
- Stadt Nürnberg
- Landkreis Erlangen-Höchstadt
- Landkreis Forchheim

Kostenaufteilung:

Noch nicht ausverhandelt

Folgekosten für das RoBus-Konzept:

0,9 Mio. Euro/ Jahr incl. Betriebskosten ab dem Jahr der Inbetriebnahme

Ein Baum ist ein Baum – über die Entkontextualisierung einer politischen Aktion

Kommentar zur „Enteichung“ in Rostock-Lichtenhagen

Die sogenannte „Friedenseiche“ zu fällen war nicht die beste Option und strategisch keine Glanzleistung, vielleicht sogar kontraproduktiv. Wenn der Baum nur ein Baum ist, dann ist es ökologisch schade und leider nicht umkehrbar, aber man könnte einen neuen Baum pflanzen, vielleicht diesmal ohne Symbolik. Die öffentliche Debatte nimmt allerdings eine erstaunliche Wende, wodurch genau die kritisierten Punkte wieder zu Tage treten. Der Umgang mit der politischen Aktion – ob nun gelungen oder nicht – zeigt zu kritisierende Zustände und Strukturen in der Erinnerungskultur und den Mangel an Aufarbeitung und Selbstreflektion.

Der Aufschrei ist groß, das Medienecho entsprechend, in den Kommentarspalten der größeren Blätter ist man sich schnell einig. Was man da doch alles lesen kann... Patrick Gensing hat bei publikative.org ein paar Stilblüten gesammelt (<http://www.publikative.org/2012/08/29/der-fall-der-eiche/>). Zumindest diesmal sind die Rollen klar verteilt: Hier die Täter – das sind die „rotgefärbten Faschisten“, „die Linken, die noch dümmere als die Rechten sind“, also die „AG Antifaschistischer Fuchsschwanz“ und inkludiert alle, die sich mit dem reduzierten und verharmlosenden „Gedenken“ in Rostock nicht zufrieden geben wollten. Hier das Opfer – der schutzlose Baum, die deutsche Eiche, der niemandem etwas getan hat, der da nur stand und schön war – hat eigentlich jemand den Baum vorher gefragt, ob er dort hin möchte um sich politisch als „Friedenseiche“ instrumentalisieren zu lassen? Damit sind diese Rollen schon einmal eindeutiger verteilt, als bei diesem anderen Vorfall, vor 20 Jahren in Rostock. Da konnte man ja erst wieder bei der FAZ lernen, dass die Opfer da ja eher die Täter waren und dann durch die notwendigen rassistischen Pogrome erst die Vernunft einziehen konnte, schließlich war „das Boot voll“. Matthias Ecke hat das ziemlich treffend kommentiert: <http://blog.jusos.de/2012/08/offener-brief-an-jasper-von-altenbockum-zum-artikel-„ende-der-sozialromantik“>

Strategisch war die „Enteichung“ sicherlich nicht klug, aber wenn ich diese Kriterien an die Baumpflanzung anlege, zu welchem Schluss komme ich dann?

Strategisch war es nicht klug eine Eiche zu pflanzen, da diese in ihrer Symbolik der Flora eben doch für Zeiten und Werte steht, die an dieser Stelle nicht angebracht sind. Inhaltlich ist es jedoch eine absolute Katastrophe! Symbolpolitik der übelsten Sorte. Wo war eigentlich die Sambagruppe? Das merkte sogar Anja Reschke in ihrem Kommentar in den Tagesthemen am 26.08.2012 (http://mediathek.daserste.de/sendungen_a-z/3914_tagesthemen/11523722_tagesthemen) kritisch an: Gedenkveranstaltung mit viel Tamtam, das beherrscht man hier offensichtlich. Das konnten wir beim Gedenken in Berlin für die NSU-Opfer miterleben (das wäre selbst einen Kommentar wert gewesen) und jetzt beim staatstragenden Gedenken mit Kinderchor und bunten Luftballons. Aufarbeitung, kritische Reflektion der Zustände und eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Rassismus und Faschismus, das findet bisher nur rudimentär statt. Genau hierfür steht diese Eiche symbolisch. Für ein reduziertes Gedenken, für ein oberflächliche Auseinandersetzung, für eine emotionale Betroffenheit, die in der Praxis sofort wieder an Grenzen stößt. Die Zerstörung dieses Symbols greift genau diese Zustände an. Deshalb ist der Aufschrei auch so groß, da die Personen, die in diesem Baum die „Friedenseiche“ sehen wollten und ihr Gedenken auf derlei Symbolik fokussieren, sich persönlich angegriffen fühlen.

Hierin spiegelt sich auch eine der zentralen Konfliktlinien in zivilgesellschaftlichen Bündnissen wider. Wie ist der eigene Anspruch, wie weit ist man bereit inhaltliche Kompromisse einzugehen um ein möglichst breites Bündnis zu erreichen? Wie fordernd bin ich bei der inhaltlichen Ausrichtung an meine Bündnispartner? Genau an dieser Stelle ist die Fällung dieses Baums auch strategisch falsch, denn es ist eine Holzhammer-Methode und schreckt viele Menschen ab, die unter anderen Umständen für die Argumente vielleicht zugänglicher wären. Doch darf die Kompromissbereitschaft eben auch nicht so weit führen, dass die Kritik reduziert wird, dass nicht mehr die Zustände umfassend in Frage gestellt werden, sondern dass man sich in selbstgerechter Zufrie-

■ Von Marius Köstner

denheit im Schatten einer großen Eiche vom bunten Straßenfest mit Sambagruppe, Kinderchor und „multikultureller“ Fressmeile erholt.

An diesem Punkt muss ganz entschieden auf die historischen Fakten verwiesen werden, damit die politischen Konsequenzen daraus gezogen werden können: http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/20_jahre_rostock_lichtenhagen_ein_akt_politischer_brandstiftung/

Die Konsequenz der rassistischen Pogrome war die faktische Abschaffung des Asylrechts. Hier gilt es anzusetzen! Menschen die Schutz und Hilfe suchen sollen willkommen sein, das Asylrecht muss wieder auf ein menschenwürdiges Level gehoben werden. Das bezieht sich sowohl auf die bundesdeutsche, als auch die europäische Gesetzgebung und die konkrete Ausführung in der Praxis! Weg mit dem Arbeitsverbot und dem Ausbildungsverbot! Weg mit den Lagerunterkünften! Weg mit der Isolation von geflüchteten Menschen! Weg mit den Essens- und Hygienepaketen! Weg mit der Residenzpflicht! Weg mit Dublin II und der Drittstaatenregelung! Weg mit rassistischen Strukturen in Behörden und Verwaltung! Für ein echtes Bleiberecht für alle Flüchtlinge und MigrantInnen! Rassismus beim Namen nennen! Faschismus konsequent bekämpfen!

„Wie geht es denn dem Rechtsextremismus in Deutschland, 20 Jahre nach Rostock-Lichtenhagen? – Es geht ihm gut.“ (Anja Reschke, NDR) Wer aus Rostock-Lichtenhagen, den über 180 Todesopfern rechter Gewalt seit 1990, der Mordserie des NSU etwas lernen will, der fängt heute bei der Asylgesetzgebung an und beginnt Rassismus beim Namen zu nennen und ihn konsequent aufzuarbeiten. Oder man pflanzt einen Baum... und dann sollte man wenigstens so konsequent sein und vor jede ZAST oder jede GU und jeden Abschiebeknast eine Eiche zu stellen. Dann gäbe es wenigstens ausreichend Brennholz in Kaltland.

■ **aus den Distrikten**

■ **Distrikt Anger-Bruck**

Vorsitzender:

Munib Agha
munib_agma@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Sitzung findet statt am

**Dienstag, 23. Oktober,
20 Uhr beim Angerwirt,
Guhmannstraße 10**

Wir werden unter anderem über unsere künftigen Sitzungen und Aktionen (Fraktion vor Ort, Jahreshauptversammlung, BürgerInnendialog, Angerfest) diskutieren.

Solidarische Grüße
Munib

■ **Distrikt Eltersdorf**

Vorsitzender:

Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Dienstag, 16. Oktober,
19 Uhr im Schützenhaus**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

■ **Distrikt Frauenaarach**

Vorsitzende:

Elizabeth Rossiter
Telefon: 992619
e.rossiter@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten

**Distriktsversammlung
am Dienstag, 23. Oktober
20 Uhr in der Sportgast-
stätte des TSV Frauenaarach**

Tagesordnung:

1. Mitteilungen zur Kenntnis
2. Gewerbegebiet Geisberg – Bericht von der UVPA-Sitzung am 16.10.2012
3. Planung der Distriktsaktivitäten im Wahljahr 2013
4. Termine
5. Verschiedenes.

Für den Vorstand
Elizabeth Rossiter

Bereits um 19 Uhr treffen sich alle, die vor unserer Versammlung etwas essen möchten.

■ **Distrikt Innenstadt**

Vorsitzender:

Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
unsere nächste Distriktsitzung ist am

**Dienstag, 16. Oktober,
20 Uhr im Nebenraum der
„Kulisse“ (Theaterstraße)**

morandum 2012“ der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik beschäftigen.

Wir freuen uns wieder auf zahlreiche Teilnahme!

Für den Vorstand
Michael Zimmermann

Neben aktuellen Themen werden wir uns schwerpunktmäßig mit dem „Me-

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit laden wir Euch ein zu unserer
nächsten

Distriktssitzung am Dienstag, 9. Oktober, 20 Uhr in der Waldschän- ke (Lange Zeile 104)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktssitzung am Mittwoch, 10. Okto- ber, 20 Uhr im Biergarten Röthelheim

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 9. Oktober, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:

1. Aktuelles.
2. STUB. Situation nach den Entschei-
dungen. Weiteres Vorgehen vor Ort.
3. Planung einer Veranstaltung in Ten-
nenlohe zum Gesundheitswesen in Zu-
sammenarbeit mit dem Kreisverband.
4. Neugestaltung des TB für die nächste
Ausgabe (Farbdruck, neues Layout).
Festlegung der Beiträge und der Mit-
arbeit.
5. Festlegung der Termine für 2013.
6. Wahlen zum Jugendparlament.
Überlegungen für Vertretung von
Tennenlohe.
7. Verschiedenes.

Weitere Hinweise und Ankündigungen:
Distriktversammlung im November am
13. November, im Dezember am 11. De-
zember.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Vorläufige Tagesordnung

- TOP 1 Aktuelles
- TOP 2 Armut und Reichtum in Deutsch-
land
- TOP 3 Berichte aus Stadtteilen und
dem Stadtrat

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

Die Tagesordnung wird aktuell be-
schlossen.

Wir freuen uns auf zahlreiches Er-
scheinen.

Für den Vorstand
Brigitte Rohr

Einladung

An alle Genossinnen und Genossen aus
Tennenlohe und aus den anderen Dis-
trikten sowie Sympathisantinnen und
Sympathisanten

Wir laden Euch allerecht herzlich ein zum

Gansessen bei Fritz Klein im „Schlößla“ (d.i. Schloß- gaststätte) am Sonntag, 11. November, 12 Uhr

Bitte eine kurze telefonische Mitteilung
oder E-Mail bis zum 7. November an die
oben angegebene Telefonnummer bzw.
E-Mail-Adresse. 14 Anmeldungen liegen
bereits vor. Weitere werden gerne ent-
gegengenommen.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktssit- zung vom 11. September

Aktuelles

- Der Distrikt kann ein neues Mitglied
begrüßen, verliert aber mit dem

Distrikt Ost

Vorsitzender:

Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Distrikt Süd

Vorsitzende:

Brigitte Rohr

Kontakt:

Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Wegzug von Angelika Limmer auch ein Mitglied.

- Der Distrikt sucht einen Termin mit der Fraktion, um über die Sportplatzerweiterung zu sprechen.
- Die Fichtelgebirgswanderung im August war wunderbar. Der Distrikt bedankt sich bei dem Organisator Wilhelm Horn,
- Ulla Schnapper dankt dem Distrikt für das schöne Geburtstagsgeschenk.
- Die Kanaluntersuchungen am Ort scheinen abgeschlossen. Ergebnisse werden in einer der nächsten Ortsbeiratssitzungen erwartet. Als vorrangigste Maßnahme wurden Renovierungen und Erweiterungen vor der Wied durchgeführt. Anscheinend ist das Kanalnetz doch nicht so optimal, wie immer behauptet wurde.
- Rolf Schowalter empfiehlt die neue Homepage der Erlanger und auch der Tennenloher SPD zu besuchen. Sie bietet bessere Möglichkeiten, distriktsbezogene Informationen darzustellen. Auch ein Diskussionsforum kann eingerichtet werden.

Tennenloher Bote

Die Reaktionen der Bevölkerung auf die letzte Ausgabe des Tennenloher Boten Anfang August waren durchaus positiv. Die Vorbereitung der nächsten Ausgabe soll frühzeitig beginnen und die Artikel auf mehrere Personen verteilt werden.

Gleichzeitig wurde eine Anpassung der Verteilbezirke vorgenommen. Der nächste TB soll im November erscheinen. Vielleicht ergibt sich eine Möglichkeit zum Farbdruck.

Tennenloher Kerwa

Die Tennenloher Kerwa war trotz des teilweise sehr heißen Wetters recht gut besucht. Dies lag sicher auch an der guten Pressearbeit im Vorfeld (dreiviertel Seite am Donnerstag etc.) in Verbindung mit dem ebenfalls gut besuchten Tennenloher Kunstförderpreis 2012. Dennoch ist mit Verlusten für die Zeltbetreiber zu rechnen. Daher scheint es uns wichtig, dass weitere Aktionen und Attraktionen erarbeitet werden, um die Kerwa auch in Zukunft am Leben zu halten. Eine stärkere Einbeziehung möglichst vieler Vereine könnte in die richtige Richtung führen.

Fraktion vor Ort

Der Distrikt plant, im Herbst die Fraktion zu einer Ortsbegehung einzuladen. Wichtige Themen sind die Sportplatzerweiterung (Neugestaltung des C-Platzes an der Sebastiansstraße), die Verkehrssituation an der Weinstraße und der geplante STUB-Verlauf im Ort. Als mögliche Termine sollen der Fraktion der 26. oder der 27. Oktober vorgeschlagen werden.

Hans Hauer

■ **Distrikt West**

Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir möchten Euch herzlich einladen zu
unserem Oktober-Treffen am

Mittwoch, 17. Oktober um 20 Uhr im Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Im Mittelpunkt des Abends steht das für uns wichtige Thema „Rentenpolitik“. Daraus resultiert folgende **Tagesordnung:**

1. Einführung in das Thema „Sozialdemokratische Rentenpolitik“ durch Gerd Peters, anschließend Diskussion
2. Aktuelles
3. Berichte aus Kreisvorstand, Ortsbeirat und Stadtratsfraktion

4. Verschiedenes (u. a. Festlegung des Hauptthemas im November)

Wir würden uns über eine rege Beteiligung freuen!

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

P.S.: Bei unserem Septembertreffen gab es Fußball im Fernsehen. Dennoch konnten wir 13 Besucher begrüßen. Im Mittelpunkt stand die aktuelle Diskussion zum Thema StUB. Feli Traub-Eichhorn brachte uns auf den aktuellen Stand der Diskussion. Daraus ergab sich ein intensives Gespräch. Seitens des Distrikts wird die StUB als notwendige Zukunftsinvestition angesehen, auch wenn für den Stadtwesten der

Nutzen begrenzt ist, weil die geplante Trasse nicht zentrale Siedlungsschwerpunkte im Stadtwesten erschließt. Primär geht es bei der StUB darum, das Einpendeln nach Erlangen einfacher zu machen und so die zunehmende Verstopfung der Stadt Erlangen durch den Individualverkehr zu bremsen. Langfristig kann dadurch auch der In-

dustriestandort Erlangen abgesichert werden.

Darüber hinaus ging es um die aktuellen Probleme beim Freibad West. Der Antrag der Stadtratsfraktion zum Thema wurde vorgestellt. Im Kern geht es dabei darum, dass die Sanierung schleunigst in Gang kommt, möglichst ohne große Schließungszeiten des Bades.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir möchten Euch sehr herzlich einladen zu einer

Veranstaltung zum Thema Finanzkrise am 25. Oktober, 15 Uhr, IG-Metall-Haus, Friedrich- straße 7

Wir haben dazu folgende Referenten eingeladen:

- 1) Jürgen Runau, selbst. Exportkaufmann, Schwabach
*Kapitalismus? Ja, aber nicht so!
9 von 10 Deutschen zweifeln am Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Form mit Profit als einzigem Ziel des Wirtschaftens. Dabei ist Kapitalis-*

mus ein Wirtschaftssystem, das sich unterschiedlich organisieren lässt. Und es gibt eine Alternative zum anglo-amerikanischen Modell, das gerechter, menschlicher und sehr erfolgreich ist. Diese Alternative ist mein Thema. (u.a. über die Corporation Cooperative Mondragon, die größte Genossenschaft der Welt)

- 2) Dr. Werner Maly, Diplom-Volkswirt, ehemaliger Siemens Personalvorstand, Erlangen
Finanz- und Eurokrise, Rettungsschirme EFSF, ESM und die Rolle der EZB

Wir freuen uns auf lebhafte Diskussionen und auf Euer Kommen.

Mit solidarischen Grüßen
Gisela Nowack
Vorsitzende AG 60plus, UB Erlangen

Einladung zum 8. Begegnungstag mit den 60plus-Freunden aus Jena am 3. Oktober in Jena

Liebe 60plus-Genossinnen und -Genossen!

Letztes Jahr luden uns die 60plus-Freunde aus Jena ein, sie im Jahr 2012 in Jena zu besuchen. Dieser Besuch soll jetzt am 3. Oktober gemeinsam mit dem 25. Partnerschaftsjubiläum stattfinden.

Die Stadt Erlangen organisiert für diesen Tag eine Bürgerreise.

Der Jenaer Bürgermeister Dr. Albrecht Schröter plant den Ablauf in Jena, und Genosse Ernst Werner wird ein Zeitfenster im Ablauf des Jubiläums für den politischen Gedankenaustausch mit un-

seren Jenenser SPD-Freunden suchen.

Wir werden als Gruppe SPD 60plus Erlangen reisen. Unsere Gruppe soll durch Genossen/Genossinnen vom Landkreis Erlangen-Höchstadt verstärkt werden.

Ich habe für uns (SPD AG 60plus) vorsorglich 15 Plätze reserviert und gebucht. Es sind noch einige Plätze frei.

Bitte meldet Euch bei Armin, Hem oder mir für die Reise nach Jena bis 14. September an.

- Helmut Aichele; Telefon 09131-297397
- Armin Braun; Telefon 09131-43530
- Hartmut Wiechert; Telefon: 09131-991232

Mit solidarischem Gruß
Hartmut Wiechert
1. Vorsitzender

AG 60plus (Unterbezirk)

Vorsitzende:

Gisela Nowack

Kontakt:

SPD-Unterbezirk Erlangen

Jutta Ledertheil

Telefon: 8126511

jutta.ledertheil@spd.de

AG 60plus

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert

Telefon: 991232

hartmut.wiechert@gmx.de

Protokoll der Mitglieder- versammlung vom 19. September

Top 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende Hartmut Wiechert begrüßte die Anwesenden und ganz besonders die Genossin Silke Zieten, die zum ersten Mal an unseren Versammlungen teilnahm.

Top 2: Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der Versammlung vom 18. Juli 2012 wurde genehmigt.

Top 3: Aktuelles

Die Internetseite von spd-erlangen.de ist für 60plus jetzt zugänglich, um Informationen und Berichte zu veröffentlichen und anzusehen.

In der Diskussion über den Rentenvorschlag des SPD-Vorstandes wurde bemängelt, dass dieser ohne ausreichende Einbindung der Basis zustande gekommen sei. Helmut Aichele verwies auf einen Vorschlag, den der Distrikt Innenstadt ausgearbeitet hat.

Top 4: Vorbereitung der Jena-Reise

Aus der AG 60plus haben sich 8 Teilnehmer für die Fahrt nach Jena angemel-

det. Auf Vorschlag des Vorsitzenden erfolgt folgender Vorstandsbeschluss: Die Fahrtkosten werden aus dem Budget von 60plus finanziert.

Als Gastgeschenk wurde ein Bildband über das Palais Stutterheim in Erwägung gezogen. Im Rahmen des Programms der Städtepartnerschaft ist vorgesehen, dass sich die beiden 60plus-Gruppen in der Zeit zwischen 12:30 und 15:30 Uhr zum Gedankenaustausch und Diskussion zusammensetzen. Hartmut Wiechert wird mit seinem Ansprechpartner in Jena die Schwerpunkte der Diskussion abstimmen. Vor allem die Diskussion über den Rechtsradikalismus und die Protestaktionen dagegen sollten nach unserer Meinung neben Sachthemen im Vordergrund stehen. Helmut Aichele regte an, sofern möglich, den Studentenfarrer aus Jena zur Diskussion über eben diesen Punkt einzuladen. (Informationen zum Thema „Studentenfarrer Jena“ über Google unter „Suchbegriff“.)

Top 5: Verschiedenes

Das Generationenforum in Fürth, das von den Jusos und 60plus veranstaltet wurde, sollte sobald als möglich auch in Erlangen eine Nachahmung finden

Wolfgang Schwerna

■ Jusos

Vorsitzender:

Munib Agha
munib_gha@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere kommenden Sitzungen finden statt:

- Montag, 8. Oktober
- Montag, 22. Oktober

jeweils um 20:15 Uhr im August-Bebel-Haus. Wir möchten vor allem über unser künftiges Arbeitsprogramm reden.

Die **Jahreshauptversammlung** wird voraussichtlich am **12. November** stattfinden. Eine Einladung werdet ihr schriftlich erhalten.

Rote Grüße
Munib